



**FUTURE  
NETWORK**

# E-Government 2.0 & Verwaltungsmodernisierung

## Wirkungsorientierte Folgenabschätzung im Bundeshaushaltsgesetz 2013

- Trends der Verwaltungsautomation in der öffentlichen Verwaltung
- Budgetorientierte Bürgerinvolvierung
- Open Government & Open Data
- Soziale Netzwerke und ihre Bedeutung für Verwaltung und Bürger
- Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung
- Cloud Computing in der öffentlichen Verwaltung

Mittwoch, 4. Mai 2011  
9.00–15.00 Uhr

Industriellenvereinigung, Europasaal  
1030 Wien, Schwarzenbergplatz 4

### Referenten und Moderation:

**N.N.** (Bundeskanzleramt)

**Mag. Elisabeth Schindler** (Bundeskanzleramt)

**Mag. Gerald Reindl** (Bundesministerium für Finanzen)

**DI Dr. Wilfried Jäger** (Bundesrechenzentrum)

**Mag. Bernhard Krabina, Mag. Thomas Prorok** (KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung)

**Dr. Gottfried Luef** (IBM)

**Mag. Hans Müller** (Future Network)

**Dr. Peter Parycek** (Donau Universität Krems, Zentrum für E-Government)

**Mag. Alexander Szlezak** (Genetics)

Mit freundlicher  
Unterstützung von:



## Agenda

- 9.00 Begrüßung durch den Veranstalter**
- 9.15 Wirkungsorientierte Folgenabschätzung im Bundeshaushaltsgesetz 2013**  
Mag. Elisabeth Schindler (Bundeskanzleramt)  
Mag. Gerald Reindl (Bundesministerium für Finanzen)
- 10.30 Verfahrensautomation für die Öffentliche Verwaltung: Trends**  
Dr. Gottfried Luef (Executive IT Architect, IBM Global Business Services)
- 11.00 Pause**
- 11.30 Social Media meets E-Government**  
Mag. Alexander Szlezak (Gentics)
- 12.00 Open Government & Open Data**  
Dr. Peter Parycek (Donau Universität Krems, Zentrum für E-Government)
- 12.45 Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung**  
Mag. Bernhard Krabina (KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung)
- 13.30 Visionen einer Government Cloud**  
DI Dr. Wilfried Jäger (Bundesrechenzentrum)
- 15.00 Ende der Veranstaltung**

In der aktuellen Diskussion über die Zukunft des öffentlichen Sektors werden zwei Themen besonders hervorgehoben: die Verwaltungsreform und die Finanzkrise. Diese Veranstaltung nähert sich diesen Themen von einer spezifischen Seite an: der Informationstechnologie. Im Vordergrund steht die Frage, welchen Beitrag IT und E-Government leisten können, um die Verwaltungsreform anzutreiben und die Haushaltskonsolidierung zu unterstützen. Damit in Zusammenhang stehen generelle Fragen nach der »Zukunft der öffentlichen Verwaltung« oder auch von »neuen Ansätzen für Regieren und Verwalten«. Diese »großen« Themen spielen selbstverständlich eine Rolle bei dieser Veranstaltung. Konkret werden jedoch vier Themen jeweils von einem/r PraktikerIn der öffentlichen Verwaltung und einem/r VertreterIn eines IT-Produktes vorgestellt: Wissensmanagement, Geschäftsprozessoptimierung, Kooperationen und Bürgerorientierung.

### Kooperationen und Netzwerken von Verwaltungen (Shared Services)

Verwaltungsstrukturen, -abläufe, -kultur und -personal werden sich verändern. Neue Formen von Verwaltungshandeln durch Kooperationen innerhalb und mit dem öffentlichen Sektor haben Folgen für Strukturen, Abläufe und die Organisationskultur in der Verwaltung. Gleichzeitig führen die technischen Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu geänderten Anforderungen an die Qualifizierungen der Beschäftigten und zu Veränderungen im Stellengefüge, vor allem bei den Unterstützungsprozessen.

Die unterschiedlichen Rollen im Leistungsprozess müssen nicht alle innerhalb einer Verwal-

tungsorganisation ausgefüllt werden und können zum Teil auch von privaten Einrichtungen erbracht werden. Durch die Auftrennung von Front-Office und Back-Office ist nicht nur innerhalb einer Organisation (z. B. Bürgerservicestelle-Fachabteilung), sondern auch über Organisationsgrenzen hinweg möglich.

Die Frage der Zukunft ist, wie könnte die Arbeitsteilung über Verwaltungsgrenzen organisiert werden. Dabei spielen zwei wichtige Entwicklungen eine bedeutende Rolle: Shared Services und die Auflösung der örtlichen Zuständigkeit. Die örtliche Zuständigkeit ist vor allem wegen des benötigten Papiers und der möglichst lokal verfügbaren Ansprechpersonen entstanden. Im Zuge der heutigen technologischen Möglichkeiten wäre es aber in vielen Bereichen denkbar, die örtliche Zuständigkeit aufzulösen.

Moderne Informationstechnik würde es ferner möglich machen, im Bereich der internen Services Shared-Service-Center einzurichten (siehe das Beispiel der Gemeindeinformatik in Vorarlberg), die eine einheitliche Vorgehensweise möglich machen und die Kosten für EDV und Personal senken helfen könnten. Denkbar wären zum Beispiel Personalverwaltung und -verrechnung mit einem zentralen System, Buchhaltung und Rechnungswesen oder die Beschaffung (siehe Bundesbeschaffungsgesetz).

### Budgetorientierte Bürgerinvolvierung

Erfolgreiche Bürgerhaushalte sehen die langfristige Einbeziehung von BürgerInnen in die Planung von Projekten und Haushaltsteilen mit direktem Bezug zum eigenen Stadtteil vor.

Die Prozesse der Diskussion, des Abwägens und der Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen stehen im Mittelpunkt. Der direkte Bezug zum Budget zeigt die Wichtigkeit der Themen sowie, dass die Einbeziehung der BürgerInnen ernst gemeint ist. Hier können traditionelle Instrumente wie Bürgerforen aber auch Webunterstützung (Stichwort Web 2.0) zum Einsatz kommen. Simple Internet-Bewertungssysteme, bei denen für Vorschläge Punkte vergeben werden können, und die Projekte mit den meisten Punkten als Bürger-vorschläge zum Zug kommen, sind bestenfalls ein kleiner Teil eines Beteiligungsprozesses.

Bürgerbudgets haben sich in Österreich noch nicht etabliert. In Deutschland konnte hingegen schon zahlreiche Erfahrung mit budgetorientierten Bürgerbeteiligungsformen gesammelt werden. Aus diesen Erfahrungen kann Österreich lernen und »Budgetorientierte Bürgerinvolvierung« erproben.

## Wirkungsorientierte Folgenabschätzung

*Mag. Elisabeth Schindler (Bundeskanzleramt),*

*Mag. Gerald Reindl (Bundesministerium für Finanzen)*

Die wirkungsorientierte Folgenabschätzung ist ein zentrales Instrument der österreichischen Haushaltsrechtsreform zur Umsetzung der verfassungsrechtlich verankerten Wirkungsorientierung. Bisherige Ansätze der Abschätzung werden vereinheitlicht und gestrafft und in ein neues, gemeinsames System überführt. So wie bei der Budgeterstellung die finanziellen Inputgrößen um Wirkungsinformationen angereichert werden, soll die Darstellung finanzieller Auswirkungen um Wirkungsinformationen ergänzt werden. Für alle Re-

gelungsvorhaben des Bundes, etwa Gesetze und Verordnungen und für Vorhaben, etwa größere Beschaffungs- oder Bauprojekte werden ab 1.1.2013 wirkungsorientierte Ziele definiert und die zu erwarteten Auswirkungen systematisch abgeschätzt. Aufbauend darauf ist in angemessenen Zeitabständen eine interne Evaluierung der Zielerreichung sowie der tatsächlich eingetretenen Auswirkungen vorgesehen. Die wirkungsorientierte Folgenabschätzung bietet somit wichtige Basisinformationen im Gesetzgebungsprozess sowie in der Haushaltsführung und führt zu noch mehr Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und dem Gesetzgeber.

## Verfahrensautomation für die Öffentliche Verwaltung: Trends

Die IT-gestützte Abwicklung der Verfahren im öffentlichen Bereich ist Gegenstand dieses Vortrages. IBM ist seit mehr als einem Jahrzehnt in diesem Bereich erfolgreich.

2010 wurde eine von IBM erstellte Verfahrensautomation mit dem Europäischen E-Government-Award prämiert. Gezeigt werden die Möglichkeiten einer IT-Lösung zur Verfahrensautomation im E-Government-Zeitalter auf.

Eine gesunde Mischung aus Middleware und Individualentwicklung wird immer der Schlüssel zum Erfolg einer solchen Anwendung sein. Der rigorose modellgetriebene Design-Ansatz, den IBM dabei wählt, sichert Kunden nachhaltig qualitative Software-Lösungen in diesem Bereich.



**Dr. Gottfried Luef**  
(IBM)

## Social Media meets E-Government

Kommunikation zwischen Staat und Bürgern ist in den Köpfen sehr formal. Gesetze, Bescheide, Akten. Doch aktuelle Entwicklungen weichen diese formalen Kommunikationsformen auf, wie aktuelle Beispiele auch aus Deutschland und anderen Ländern zeigen. Es bestehen neue niederschwellige Wege, Menschen zu erreichen und aktuelle Informationen zu transportieren. Der Anspruch an die Aktualität und Authentizität von Information steigt zusammen mit dem Wunsch, in Dialog zu treten. Aktuelle Beispiele zeigen, was sich die Verwaltung und die Bürger von der Integration sozialer Medien in ihren Arbeits- und Kommunikationsalltag erwarten können.



**Mag. Alexander Szlezak**  
(Gentics)

## Open Government & Open Data

Die grundlegenden Prinzipien von Open Government sind Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit. Durch das Veröffentlichung staatlicher Informationen können Behörden Vertrauen von Seiten der Bevölkerung gewinnen, und in Zusammenarbeit mit BürgerInnen die Verwaltungsarbeiten beschleunigen und qualitativ verbessern. Durch die gezielte Einbeziehung von BürgerInnen kann der Staat das Engagement und Wissen von BürgerInnen für sich nutzen.



**Dr. Peter Parycek**  
(Donau Universität Krems)

Die grundlegenden Prinzipien von Open Government sind **Transparenz, Partizipation und Kollaboration**. Kernpunkt der **Transparenz** ist das Zurverfügungstellen von Daten und Informationen von Seiten des Staates. Bei Open Government verpflichtet der Staat seine Behörden und Dienstleister sämtliche für BürgerInnen und Wirtschaft relevante Daten und Informationen in geeigneter Form zur Verfügung zu stellen. Durch die fortschreitende Digitalisierung liegen die Daten und Dokumente ohnehin in elektronischer Form vor und könnten mit Hilfe von Datenbanken und Webseiten allen zur Verfügung gestellt werden. Über diese Webseiten haben BürgerInnen Zugang zu Dokumenten und Daten, ohne dabei direkt mit der Behörde in Kontakt treten zu müssen und zusätzlichen Verwaltungsaufwand zu verursachen. Neben dem Ausbau der traditionellen Webseiten bietet das unentgeltliche Anbieten von Rohdaten neue Möglichkeiten der Verarbeitung und Auswertung durch die Gesellschaft. Wirtschaft, NGOs oder Bildungseinrichtungen können die Rohdaten zur Analyse oder auch zur Nutzung in Applikationen heranziehen.

Die Open-Government-Prinzipien sind verknüpft mit Begriffen wie Offenheit und Öffentlichkeit, Informationsbereitstellung und -verteilung, suchen und finden – und führen zur Frage: Wo sind die Daten? Verwaltungen von heute (wie die Bundesverwaltung der USA, der Bundesstaat Massachusetts, die Städte San Francisco, New York und Boston, oder auch Großbritannien, Australien und Neuseeland) bieten eine Fülle offizieller Rohdaten an. Um für die Öffentlichkeit von Bedeutung zu sein, müssen die Daten vollständig, aktuell, maschinell verarbeitbar, in einem offenen Format, gratis und unter Anwendung einer Lizenz zur Verfügung gestellt werden.

## Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung

Eine herausfordernde Personalsituation im öffentlichen Sektor, Kostenreduktion bei effizienterer Nutzung von Wissen sowie der technologische und gesellschaftliche Wandel sind Motivationen für ein erfolgreiches Wissensmanagement. Zudem sind Aufbereitung und Organisation von Wissen zentrale Aufgaben und Begründungen für die öffentliche Verwaltung. Eine Studie der OECD hat bereits 2003 gezeigt, dass Wissensmanagement zu den Top-Fünf Managementthemen der öffentlichen Verwaltung in einer Mehrheit der OECD-Mitgliedstaaten gehört. Eine KDZ-Studie 2010 zu Wissensmanagement in Österreichs Ministerien und eine aktuelle Rechnungshof-Prüfung zu dem Thema haben in Österreich zur Diskussion über die Bedeutung von Wissensmanagement und dessen Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung beigetragen. Ziele, Aufgaben und Nutzen von Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung müssen konkretisiert werden, um zu einem gemeinsamen Verständnis des sehr breiten Themas zu kommen. Die erste Version eines Positionspapiers zum Thema trägt dazu bei.



Mag. Bernhard Krabina (KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung)

## Visionen einer Government Cloud

Cloud Computing stellt einen Paradigmenwechsel in der Sichtweise der IT und des IT-Geschäftsmodells dar. Technisch baut Cloud Computing auf den

Trends Virtualisierung und Automatisierung auf, vom Geschäftsmodell her auf dem Application Service-Providing-(ASP)-Ansatz mit dem Fokus, ein komplettes Service über das Netz und Bezahlung nach konsumierter Leistung anzubieten. Ausgehend von der NIST-(National Institute of Standards and Technology/USA)-Definition gibt es ein technisches Stufenmodell der Cloud; von Infrastrukturen, über Plattformen, Software-Services bis zu gesamten Business-Process-Services. Diese Ebenen haben unterschiedliche Reifegrade und dementsprechend unterschiedliche Einsatzszenarien.

Aufgrund der Verteilung der Computer- und Speicherleistung haben sich auch Clouds je nach Eigner und Nutzer Typen gebildet. Spricht man im Allgemeinen von »Public Clouds« meint man jene, die jedem Konsumenten mit einer Kreditkarte offen stehen. Jedoch entwickeln sich bereits für Nutzergruppen spezialisierte Community Clouds und gar Private Clouds. Je nach Einsatzspektrum wird die öffentliche Verwaltung auf unterschiedliche Cloud-Typen zugreifen. Für »Open Government Data« sind im angloamerikanischen Raum auch Public Clouds benutzt worden. Für den Umgang mit Bürgerdaten sind mehrere Modelle in Diskussion. Diese Optionen werden anhand internationaler und nationaler Beispiele diskutiert. Schließlich werden die möglichen Rollen und Entwicklungspfade eines öffentlichen Shared IT Service Providers wie dem BRZ unter diesen Rahmenbedingungen diskutiert.



DI Dr. Wilfried Jäger (Bundesrechenzentrum)



### **Future Network**

*[www.future-network.at](http://www.future-network.at)*

Kompetenz. Das Future Network legt als neutrale Dialogplattform höchsten Wert auf die Vermittlung von praxisnahem Know-how sowie Marktentwicklung und Trends.

Mag. Bettina Hainschink (Future-Network)

E-Mail: [hainschink@future-network.at](mailto:hainschink@future-network.at)

Telefon: 01 / 522 36 36-37



### **KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung**

*[www.kdz.or.at](http://www.kdz.or.at)*

Das KDZ kommt dem Grundauftrag nach angewandter Forschung und Schaffen eines Wissenstransfers zwischen Wissenschaft und Praxis in wirtschaftlichen Fragen des öffentlichen Sektors nach.

Mag. Thomas Prorok (KDZ)

E-Mail: [prorok@kdz.or.at](mailto:prorok@kdz.or.at)

Telefon: 01 / 892 34 92-17



### **CON•ECT Eventmanagement**

*[www.conect.at](http://www.conect.at)*

Unser Ziel ist es, für unsere Kunden auf dem Gebiet der IT-Trendthemen ständig einen Schritt voraus zu sein. Das erreichen wir durch ein gut funktionierendes Netzwerk von Partnern und unser Gespür für zukunftsträchtige Wissensgebiete.

Marzia Di Bella-Negi

E-Mail: [dibella-negi@conect.at](mailto:dibella-negi@conect.at)

Telefon: 01 / 522 36 36-36

An  
Future Network  
1070 Wien, Kaiserstraße 14/2  
Tel.: +43 / 1 / 522 36 36-37  
Fax: +43 / 1 / 522 36 36-10  
registration@future-network.at  
<http://www.future-network.at>

**Zielgruppe:**  
CIOs, Entscheider im Finanzdienstleistungsbereich und der öffentlichen Verwaltung, Organisationsverantwortliche und Verantwortliche für Strategie, Geschäftsprozesse und Technologieauswahl.

**ANMELDUNG:** Nach Erhalt Ihrer Anmeldung senden wir Ihnen eine Anmeldebestätigung. Diese Anmeldebestätigung ist für eine Teilnahme am Event erforderlich.

**STORNIERUNG:** Sollten Sie sich für die Veranstaltung anmelden und nicht teilnehmen können, bitten wir um schriftliche Stornierung bis 2 Werktage vor Veranstaltungsbeginn. Danach bzw. bei Nichterscheinen stellen wir eine Bearbeitungsgebühr in

Höhe von € 50,- in Rechnung. Selbstverständlich ist die Nennung eines Ersatzteilnehmers möglich.

**ADRESSÄNDERUNGEN:** Wenn Sie das Unternehmen wechseln oder wenn wir Personen anschreiben, die nicht mehr in Ihrem Unternehmen tätig sind, teilen Sie uns diese Änderungen bitte mit. Nur so können wir Sie gezielt über unser Veranstaltungsprogramm informieren.



## Ehreneinladung

- Ich melde mich zu »E-Government 2.0 & Verwaltungsmodernisierung« am 4. Mai 2011 kostenfrei an.
- Ich möchte in Zukunft weitere Veranstaltungsprogramme per E-Mail oder Post übermittelt bekommen.

Firma:

Titel:

Vorname:

Nachname:

Funktion:

Straße:

PLZ:

Ort:

Telefon:

Fax:

E-Mail:

Datum:

Unterschrift/Firmenstempel:

- Ich erkläre mich mit der elektronischen Verwaltung meiner ausgefüllten Daten und der Nennung meines Namens im Teilnehmerverzeichnis einverstanden.
- Ich bin mit der Zusendung von Veranstaltungsinformationen per E-Mail einverstanden.

(Nichtzutreffendes bitte streichen)